

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 326 | 10-11/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€


ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

SCHULE, UNI, ARBEITSPLATZ
JETZT GEGEN
GENOZID &
RASSISMUS
ORGANISIEREN

GEGEN JEDEN IMPERIALISMUS –

**INTERNATIONALE
SOLIDARITÄT AUFBAUEN!**

antirassistisch.
sozialistisch.
queer-feministisch.

 @rosa_oesterreich

ROSA

AUS DEM INHALT

» **Ein Jahr nach dem 7. Oktober** stürzen Netanyahu & Co die ganze Region in ein imperialistisches Blutbad. Analysen und Perspektiven für den Widerstand. **Schwerpunkt**

» Ob mit oder ohne FPÖ: Die nächste Regierung wird Rassismus & Kürzungen vorantreiben. Wie können wir eine **Bewegung gegen den Rechtsruck** aufbauen? **Seiten 4+5**

» Raus auf die Straße am 25.11., dem **internationalen Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt**! Warum wir Patriarchat & Klassengesellschaft gemeinsam bekämpfen? **Seite 13**

**WER
WIR
SIND**

ISA

- » Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.
- » Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.
- » Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.
- » Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.
- » Wir sind international und Teil des Projekts für eine revolutionäre marxistische Internationale. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.
- » Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.
- » Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.
- » Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

25.11.: Feministische Demo

Der 25.11. ist der internationale Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt (S.13). Mit unserer sozialistisch-feministischen Initiative ROSA organisieren wir wieder eine laute und kämpferische Demo in Wien.

25.11. | 17:00 | Handelskai (S-Bahn, U6)

Sei dabei und bring Freund*innen und Kolleg*innen mit!

“Trotz alledem!” – Widerstand in ungewissen Zeiten

von Sebastian Kugler

Diese Vorwärts-Ausgabe erscheint später als geplant. Die Entwicklungen, die wir hier analysieren, hatten sich in den letzten Tagen und Wochen so rasend schnell intensiviert, dass jeder Versuch, sie festzuhalten, am nächsten Tag schon nicht mehr aktuell erschien. Das trifft vor allem auf die fatale Krise zu, in die das Netanyahu-Regime den gesamten Nahen Osten stürzt: Ein Jahr nach dem 7. Oktober hat das israelische Regime seine unfassbare Gewalt im Norden Gazas noch einmal so erhöht, dass von einem “Genozid innerhalb eines Genozids” gesprochen wird. Währenddessen treibt die Bodeninvasion im Libanon den Flächenbrand in der ganzen Region voran. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich den Hintergründen und Konsequenzen dieser Eskalation imperialistischer Gewalt – und zeigt Möglichkeiten auf, sie zu stoppen.

Aber auch in Österreich scheint vieles zu ungewiss, um in einem Monat noch seine Gültigkeit zu behalten. Der Wahlsieg der FPÖ war Ausdruck eines Rechtsrucks des politischen Establishments in Zeiten vielfacher kapitalistischer Krisen. Ein Rechtsruck, der auch immer breitere Teile der Bevölkerung erfasst – aufgrund des Mangels an starken sozialen Bewegungen sowie einer darauf aufbauenden linken politischen Alternative. Im Zuge der Vorarlberger Wahlen bröckelt auch in der ÖVP die bisherige Anti-Kickl-Fassade an allen Ecken und Enden. Doch auch ohne FPÖ wird die nächste Regierung massiv nach rechts rücken, so wie es das gesamte EU-Establishment gerade in seiner Migrationspolitik tut: Polens liberale Regierung schafft das Asylrecht ab, und die EU applaudiert. Ebenfalls unverändert pocht das Kapital auf brutale Kürzungspakete, wie sie WI-FO-Chef Felbermayr auf allen Kanälen predigt. Die nächste Regierung wird eine des Rassismus und des Sozialabbaus, und wir brauchen entschlossene

Massenbewegungen, um sie zurückzuschlagen (S.4-5).

Die Krisen des Systems und ihre brutalen Konsequenzen sind international – und benötigen eine internationale sozialistische Alternative. Leider hat die Mehrheit der Führung unserer bisherigen Internationale ISA nicht nur dabei versagt, eine solche aufzubauen, sondern diesem Aufbau auch aktiv geschadet. Dies ist ein herber Rückschlag. Gemeinsam mit vielen Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern haben wir uns deshalb entschlossen, ein neues internationales politisches Projekt auf marxistischer und sozialistisch-feministischer Grundlage aufzubauen (S.15).

“Trotz alledem!” – Getreu dieser Maxime des sozialistischen Revolutionärs, Internationalisten und Antimilitaristen Karl Liebknecht sind Aktivist*innen der ISA Österreich und der sozialistisch-feministischen Plattform ROSA überall aktiv, wo es Widerstand gibt. ISA-Aktivist*innen werden vor allem in den kommenden KV-Verhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (SWÖ) für echte Verbesserungen durch Streiks aktiv sein (S.7, S.8). Am 16.10. organisierten ROSA-Aktivist*innen eine spontane Demonstration gegen den Genozid in Nord-Gaza, zu der über 800 Menschen kamen. Gemeinsam mit einer ganzen Reihe neuer Aktivist*innen und Bündnispartner*innen mobilisieren wir für eine kämpferische Demonstration am 25.11., dem internationalen Tag gegen geschlechterspezifische Gewalt (S.13). Widerstand und Veränderung sind möglich – werde mit uns aktiv!



Nach den Wahlen: Was steckt hinter dem Rechtsruck?

von Christoph Glaninger
und Jan Millonig

Das schockierende Ergebnis der Nationalratswahlen 2024 zeigt, wie weit der Rechtsruck fortgeschritten ist. Die FPÖ konnte 28,9% der Stimmen gewinnen und gemeinsam mit der immer weiter nach rechts gehenden ÖVP (26,3%) einen stabilen rechten Mehrheitsblock bilden. Gleichzeitig konnten beide "linken" Alternativen kaum überzeugen. Obwohl Teuerung und Pflege und Gesundheit wichtige Wahlthemen waren, stagniert die SPÖ trotz Babler bei 21% und die KPÖ kann trotz Durchbrüchen in den Bundesländern, stark erhöhter Medienpräsenz und deutlich intensiverem Wahlkampf nur 1,7% dazugewinnen.

Natürlich liegt das auch an Schwächen dieser beiden Parteien. Das Ergebnis und Umfragen offenbaren aber auch, dass "Zuwanderung" (d.h. rassistische Vorurteile) ein zentrales Wahlmotiv für einen großen Teil der Bevölkerung waren. Es gab die letzten Jahre z.B. kaum Bewegungen gegen Abschiebungen und in Solidarität mit Geflüchteten, kaum Streiks die tatsächlich selbständig organisiert Verbesserungen erkämpft haben, um Spaltung am Arbeitsplatz zu überwinden und keine politische Alternative, die Fragen von Diskriminierung und Rassismus aufgegriffen hat; alles das führt dazu, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung die Logik der FPÖ und ÖVP angenommen hat, dass Geflüchtete und migrantisierte Menschen für die Probleme, die durch die Krise des Kapitalismus ausgelöst werden, verantwortlich sind. Die anderen etablierten Parteien und Medien gehen hier mit.

Gegen den Strom schwimmen

Diese Ausgangslage macht es grundsätzlich schwierig für linke Parteien, die auch mit begrenzten linken Reformvorschlägen gegen den Strom der etablierten Politik schwimmen. Das

war in den Wahldiskussionen deutlich sichtbar, wo Bablers Forderungen nach Vermögenssteuern und Ähnlichem auf eine konsequente Mauer durch ÖVP, FPÖ, NEOS und Co. getroffen ist. Gleichzeitig sieht man an dem Wahlergebnis die Grenzen der Strategie von Babler und KPÖ: Beide haben den rassistischen Rechtsruck nicht offensiv herausgefordert. Babler machte zwar am Ende des Wahlkampfes ein paar antifaschistische Aussagen, aber auf welcher Basis soll Babler ernst genommen werden, wenn seine Partei Verschärfungen des Asylrechts mitträgt und selbst fordert? Die KPÖ verzichtete fast vollständig darauf, die Themen Rechtsruck und Rassismus anzusprechen und setzte auf "Sozialpolitik gegen Rechts". Doch es gelang dadurch weder, FPÖ-Wähler*innen zurückzugewinnen noch sonst signifikant dazugewinnen. Dadurch fehlte eine sichtbare Opposition zu Rassismus, dem Genozid in Gaza und dem Rechtsruck insgesamt, die vielen Menschen, die sich dagegen stellen wollen, ein Angebot machen hätte können.

Dazu kommt die reine Wahlorientierung beider Parteien - und das obwohl 1,5 Millionen Menschen in Österreich leben und nicht wählen dürfen. Babler spricht zwar von "unseren Rechten", für die wir kämpfen müssen, sitzt aber gleichzeitig mit der Gewerkschaftsbürokratie im selben Boot, die ihrerseits jede selbstständige Aktivität von Beschäftigten unterbindet. Die KPÖ gibt sich mit Sozialberatungen und der Verteilung von gratis Mahlzeiten, Hundefutter, Schulsachen usw. zwar bevölkerungsnah, aber sie spielt kaum eine Rolle im Aufbau von Bewegungen. Gerade in einer Situation wo die etablierte Politik nach Rechts geht, reicht es nicht, notwendige Forderungen (Vermögenssteuern, Mietpreisbremse usw.) aufzustellen, wenn die Perspektive fehlt, wie diese

gewonnen werden können. Vielmehr muss es der Linken darum gehen, real Gegenmacht - durch Organisation an Arbeitsplätzen, in Nachbarschaften, Schulen und Unis - aufzubauen, um gegen Rechts und für soziale Verbesserungen kämpfen zu können. Ansätze dafür wären die Arbeitskämpfe im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich, Proteste gegen Abschiebungen oder der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Die Systemfrage stellen

Es gelingt Kickl, sich als radikale Opposition darzustellen - obwohl er und seine Politik fester Bestandteil des politischen Mainstreams sind. KPÖ und Babler gaben sich weitgehend angepasst: Ihre Wahlkämpfe kopierten großteils in Form und Inhalt etablierte Politik, KPÖ-Sprecher*innen beschränkten sich bewusst auf kleinteilige Forderungen. Wenn Menschen durch Klimakrise, Hochwasser, Flucht, Krieg, Rassismus, Diskriminierung, Teuerung und Wirtschaftskrise in allen Lebensbereichen bedroht werden, reicht es nicht, nur über Fragen von Wohnen und Sozialpolitik zu sprechen. Die KPÖ steht in der Verantwortung, alle diese Fragen aufzugreifen und Menschen eine Perspektive für politischen Widerstand anzubieten - im Parlament sowie am Arbeitsplatz, in Nachbarschaften und an Schulen. Viele Menschen verstehen schon lange, dass Krieg, Rassismus und Sexismus mit dem Kapitalismus zusammenhängen - die KPÖ müsste jede Möglichkeit nutzen, um zu betonen, dass echte Lösungen nur durch einen grundlegenden Systemwandel erreicht werden können. Dafür würden sich nicht nur mehr als 4% der Wähler*innenstimmen finden, sondern auch darüber hinaus tausende kämpferische Unterstützer*innen.

Rechtsruck bekämpfen durch Bewegungen von unten!

Die reale Möglichkeit einer FPÖ-geführten Regierung ist eine enorme Gefahr für Millionen Menschen, die von Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit betroffen sind. Vergangene Erfahrungen zeigen auch, dass die FPÖ in der Regierung die rechte Hetze mit allgemeinem Sozialkahlschlag im Dienste der Superreichen verbindet. Aber auch eine Koalitionsvariante ohne FPÖ wird die vom Kapital geforderten Angriffe, etwa massive Kürzungen im Sozial- und Gesundheitssystem, auf gezielt rassistische Weise durchführen (z.B. Streichung von Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürger*innen). Unter diesen Umständen kann es keinen echten Widerstand gegen solche "allgemeinen" Kürzungspakete ohne konsequenten Kampf gegen jede Form "spezifische" Unterdrückung wie Rassismus geben. Deswegen müssen wir jetzt schon gegen kommende Angriffe auf die Rechte von Migrant*innen, Frauen, queeren Menschen, Menschen mit Behinderung, Arbeitslose und Armutsbetroffene mobilisieren. Es geht jetzt darum, das zu organisieren, was auf der Wahlebene gefehlt hat: Konsequenter Widerstand gegen den Rechtsruck auf allen Ebenen, insbesondere von jenen, die davon am schlimmsten bedroht sind – wie die 1,5 Millionen Menschen, die mangels österreichischem Pass von der Wahl ausgeschlossen waren.

Wie kann eine Bewegung rechte Politik zurückdrängen?

- » Eine Bewegung, die es mit dem Kampf gegen Rassismus und andere Diskriminierungen ernst meint, muss von jenen, die davon betroffen sind, getragen werden. Das kann nur funktionieren, wenn ihre Stimmen und Anliegen gehört und an erste Stelle gestellt werden. Die Involvierung der migrantischen, queeren und anderen Communities muss sich also in konkreten Forderungen widerspiegeln, die einen Gegenpol zur herrschenden Ignoranz und Unterdrückung setzen.
- » Dazu gehört auch der Kampf gegen die Entmenschlichung von Geflüchteten – gerade angesichts des Mordens in Gaza, der Westbank und im Libanon. Denn die Regierung ist mit ihrer Unterstützung des israelischen Regimes mitverantwortlich dafür, dass Zehntausende getötet werden und Hunderttausende

flüchten müssen. Diese Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung und die Verunglimpfung jeder Solidarität mit ihr ist Teil einer jahrzehntealten Offensive von antimuslimischen Rassismus, die die Diskriminierung von migrantisierten Menschen rechtfertigen soll und damit auch eine Grundlage des Rechtsrucks darstellt. Eine Widerstandsbewegung gegen Rechts muss sich auch dagegen stellen.

- » Die Proteste gegen Angriffe auf queeres/transidentisches Leben und geschlechtsspezifische Gewalt müssen Teil einer Widerstandsbewegung gegen Rechts werden – wie z.B. der Tag gegen geschlechterspezifische Gewalt am 25.11. Die Bewegung muss aufzeigen, wie Fragen von Rassismus und Sexismus/Queerfeindlichkeit verbunden sind: Unter dem Vorwand, "Frauen zu schützen", wird rassistische Politik rechtfertigt – gleichzeitig sollen Hormontherapien für Jugendliche abgeschafft werden und verstärkte konservative Rollenbilder fördern geschlechtsspezifische Gewalt. Wir brauchen eine starke feministische Bewegung, um sexistische, rechte Ideologien am Arbeitsplatz, in der Ausbildung und in privaten Räumen zurückzudrängen.
- » Auch die Probleme im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich nutzen die Rechten für ihre rassistische Hetze und behaupten, dass Geflüchtete Schuld daran sein. Tatsächlich hat die jahrzehntelange Unterfinanzierung (durch alle Parteien) zu den katastrophalen Zuständen geführt. Hier – aber auch in anderen betrieblichen Bereichen – müssen wir auch die Gewerkschaften in die Pflicht nehmen. Die ÖGB-Führung ist mitschuld am Rechtsruck – sie hat in ihren Kernbereichen wie dem Produktionssektor nichts gegen den Vormarsch der FPÖ unternommen, und sie hat weiblich und migrantisch geprägte Bereiche jahrzehntelang ignoriert. Gleichzeitig

gibt es in diesen Bereichen aber auch viel Selbstorganisation und Widerstand von unten. Kämpfe in dieser Branche sind eine Chance, die rassistische Erzählung der Rechten zu kontern – und zu zeigen, dass die einzige Lösung ein Kampf um mehr Ressourcen ist. Verbesserungen in diesen Branchen sind auch zentral für alle marginalisierten Gruppen die von rechte Politik an den Rand gedrängt werden. Die Beschäftigten sind vor allem Frauen und migrantisierte Menschen – d.h. es sind genau diejenigen, die von den Rechten angegriffen werden; diejenigen die Gesellschaft eigentlich am laufen halten.

- » Wir dürfen KPÖ und andere Linke nicht aus der Verantwortung nehmen: Wenn wir jemals eine Linke ins Parlament bringen wollen – aber vor allem, wenn wir eine Partei aufbauen wollen, die tatsächlich dazu in der Lage ist, den Kampf für unsere Interessen zu organisieren – braucht es zusätzlich zu einer klaren Ansage gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit, auch eine Beteiligung an den realen Kämpfen, die stattfinden (im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich oder gegen geschlechterspezifische Gewalt), um als linke Kraft ernst genommen zu werden. Das müssen wir von der KPÖ (und anderen) einfordern – bei Wahlen und abseits davon.

Bauen wir Strukturen auf!

Bilden wir Aktionsgruppen in den Schulen, an den Unis, am Arbeitsplatz, in den Betrieben, verschiedenen Communities usw., die darüber diskutieren können, wie sie gegen den Rechtsruck aktiv werden und sich gegen Angriffe in ihren Bereichen wehren können. Ein konkreter Schritt könnte eine große Aktionskonferenz gegen den Rechtsruck mit Aktivist*innen aus feministischen und anti-rassistischen Bewegungen, der Klimabewegung, Gewerkschafter*innen, Wähler*innen und Mitgliedern der KPÖ und anderen Organisationen sein.



Beschäftigte mit Behinderung: „Lohn statt Taschengeld!“

von Jan Millonig

28.000 Menschen arbeiten zur Zeit in sogenannten „Behinderten-Werkstätten“, bekommen ein Taschengeld von 35–100 Euro, sind weder sozial- noch pensionsversichert und hauptsächlich von Sozialleistungen abhängig. Ein Artikel in einfacher Sprache auf der Website des Parlaments bringt's auf den Punkt: „Die Menschen mit Behinderungen leben also auf ewig wie Kinder.“ Das alles, obwohl sie produktive Arbeit leisten. Deshalb lautet eine jahrzehntealte Forderung von Behindertenorganisationen, Gewerkschaften sowie auch der ISA gegen diese Ausbeutung: „Lohn statt Taschengeld!“ – nicht nur, um ein Einkommen zu schaffen, von dem man selbstbestimmt leben kann, sondern auch, um vom Arbeitsrecht geschützt zu werden. Wolfgang, ISA-Aktivist und Beschäftigter in einer „Werkstätte“ in OÖ berichtet z.B.: „Ja, es gibt einen Betriebsrat, aber von dem fühle ich mich nicht gut vertreten.“ Mitte des Jahres hat die schwarz-grüne Bundesregierung endlich einen Schritt in diese Richtung gemacht. Doch die Zahlen sind ernüchternd: die bereitgestellten 54 Mio. Euro reichen gerade mal für 1 Jahr, um nur 10 % der Beschäftigten ein halbwegs passables Gehalt zu zahlen.

Was bedeutet „Arbeit“ im Kapitalismus?

Der reguläre Arbeitsmarkt ist jetzt für Betroffene unter 25 freigegeben

– bringt aber auch wenig, wenn dann das AMS auf Anfrage einer (der Redaktion bekannten) Unternehmensberaterin empfiehlt, Einstellung nicht vorzunehmen, weil „zu schwierig“. Alleine die Tatsache, dass Menschen mit Behinderung dies zuvor wegen „Arbeitsunfähigkeit“ verwehrt war, wirft die Frage auf wie „Arbeit“ in unserem System definiert wird.

Arbeit bezeichnet im Kapitalismus die entlohnte Tätigkeit eines Menschen, die aus einem Produkt ein wertvolleres Produkt macht (Stahl → Auto) oder durch seine Dienstleistung hilft dies zu verkaufen. Die Differenz zwischen Lohn und abgeworfenen Profit nennen Marxist*innen „Mehrwert“. Einige Beschäftigte mit Behinderung können aufgrund von Einschränkungen bzw. Barrieren diesen Mehrwert möglicherweise nur bedingt erarbeiten, was aber nicht heißt, dass sie nicht etwas produzieren / arbeiten können. Das heißt, Menschen mit Behinderung (und das gilt auch für Menschen mit

chronischen Erkrankungen) sind nur unter kapitalistischen Verhältnissen „nicht arbeitsfähig“. Weil in diesem System nur gewinnbringende Arbeit genug Geld abwirft, um wirtschaftlich zu überleben. So sind sie auf Sozialhilfen bzw. Almosen angewiesen.

In einer Gesellschaft, wo Profiteure keine Rolle spielen würden, sondern nur das Ziel, einfach ausreichend zu produzieren, damit alle Menschen gut leben können, würde jede Arbeit, die in welcher Form auch immer dazu beiträgt, geschätzt werden und ihren Platz haben können. Das wäre schon mit aktuellem Stand der Technik und Produktivität leicht möglich. Inklusion wäre also nicht der Versuch Menschen mit Behinderung irgendwie in ein System, das eine gewisse „Leistung“ abverlangt, zu pressen, sondern tatsächlich nach dem Motto „Jede*r nach seinen Fähigkeiten – Jede*r nach seinen Bedürfnissen“ (Karl Marx) möglich.

Wer arbeiten kann, kann auch demonstrieren!

Neben Metaller*innen und Elementarpädagog*innen, gehören mittlerweile auch Menschen mit Behinderung zu jenen, die jährlich für ihre Arbeitsbedingungen auf die Straße gehen: Selbstvertretungsnetzwerke rufen regelmäßig zu Protesten für „Lohn statt

Taschengeld!“ auf. ISA-Aktivist Patrick Pinner hat 2015 einen Werkstättenrat in seiner Einrichtung erkämpft und betonte damals schon, dass ein gemeinsamer Kampf von „Klient*innen“ und Betreuer*innen – auch für deren Löhne (siehe Seite 6 & 8) – wichtig ist.

Info



Kollektivverträge: Verhandeln, aber wie?

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Samariterbund-
Wohnen und Soziales Wien

Im Oktober starten die Lohn- und Gehaltsverhandlungen im Sozialbereich. Den Auftakt macht der Kollektivvertrag für die Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ-KV). Dabei stellt sich die Frage: was sollte die Rolle der Verhandler*innen bei diesem Prozess sein? Gute Kollektivvertragsverhandlungen sind Lohnbewegungen. Sie sind ein politischer Hebel, um Verbesserungen zu erkämpfen. Verhandler*innen sollten hier eine treibende Kraft sein. Mit Betriebsversammlungen, Abstimmungen in den Betrieben usw. können viele Kolleg*innen schon beim Entwickeln und Aufstellen von Forderungen mitmachen. Betriebsrät*innen der ISA versuchen dies schon jetzt umzusetzen, so gab es z.B. beim Samariterbund eine Betriebsversammlung zum Auftakt der SWÖ-KV-Verhandlungen.

Transparenz statt Hinterzimmer

Die Verhandler*innen sind in ein kleines und ein großes Team geteilt. Das „kleine Team“ verhandelt direkt mit den Arbeitgebervertreter*innen. Aufgabe der Verhandler*innen im „großen Team“ ist es, möglichst genau Berichte einzufordern, Berichte, Forderungen und Untergrenzen zu debattieren und verbindlich zu beschließen. Jede Form der Geheimhaltung ist hier falsch. Je offener die Verhandlungen, desto größer der Schutz vor „Hinterzimmerdeals“ und schlechten Abschlüssen. Das Beste wäre es, diese Verhandlungen per Video zu übertragen.

Demokratische Entscheidungen

Aufgabe von Verhandler*innen ist es auch, an die jeweilige Situation angepasste Entscheidungen und Entscheidungswege vorzuschlagen. Wenn die Verhandlungen schwierig werden, ist es z.B. besser sich Zeit für eine bundeweite Betriebsrät*innenkonferenz zu nehmen und dort offen über die nächsten Schritte zu reden und abzustimmen. Am Ende des vorläufigen Verhandlungsprozesses sollten die zuständigen Gewerkschaften Urabstimmungen organisieren.

Kämpferischer Plan

„Streik ist das allerletzte Mittel“ – so oder so ähnlich heißt es oft von älteren Gewerkschafter*innen. Diese Ansicht geht vom Bild aus, bei Verhandlungen würden sich zwei gleichstarke Parteien gegenüber sitzen und gleichberechtigt verhandeln. Dieses Bild war und ist falsch. Gerade im Sozialbereich und in der Pflege sitzt die öffentliche Hand als unsichtbarer Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite. Mit dem Druck des Sparzwangs und den Sparpaketen, die für die Zeit nach der Nationalratswahl angekündigt

wurden, entsteht ein großer Druck. Vor allem Betriebsrät*innen werden mit der Angst vor Arbeitsplatzabbau und Konkurs „weichgekocht“. Dazu kommt der Vergleich mit Arbeitnehmer*innen aus dem öffentlichen Dienst – die in „Sparzeiten“ oft wenig bekommen. In den Gremien häufen sich dann die scheinbar realistischen Wortmeldungen: „Sollen wir die Forderung X aufstellen? Sollen wir uns nicht lieber auf Y konzentrieren?“, oder „Wir können ja froh sein, wenn wir überhaupt Z erreichen“. Hier geht es darum, sich der eigenen Stärke bewusst zu werden, mit Kolleg*innen zu reden, sie einzubinden usw. Es braucht eine Organisation von unten und möglichst flächendeckende Streiks. Sehr viele Menschen stehen hinter den Arbeitnehmer*innen in Pflege und Sozialbereich, diese Solidarität braucht auch Möglichkeiten sich auszudrücken, z.B. mit Solidaritätsdemos. Runtergebrochen auf die SWÖ-Verhandlungen heißt das: Wir dürfen nicht bis zur letzten offiziellen Verhandlungsrunde am 25. November warten. Sollten sich die Arbeitgeber nicht schon im Oktober auf uns zubewegen, muss rund um die zweite Verhandlungsrunde gestreikt werden.

Sag's dem Michi!

Beim SWÖ-KV verhandelt der Bundesausschuss des zuständigen GPA-Wirtschaftsbereichs (WB17) und ein Verhandlungsteam der Gewerkschaft VIDA. Letztes Jahr hat der „Gewerkschaftliche Linksblock“ (GLB)

den ISA-Aktivisten Michael Gehmacher in dieses Gremium entsandt. Wenn Du ein Anliegen für Sozialbereich und Pflege hast, schreib an:
michael.gehmacher@gmx.at.

SWÖ-KV: Wir machen Druck!

von Bianca Szabo

ISA und Sozial aber nicht blöd haben gemeinsam mit Beschäftigten aus dem Gesundheits- und Sozialbereich über die letzten 10 Wochen Unterschriften für konkrete Forderungen zu besseren Arbeitsbedingungen gesammelt. Wir sind gerade über den Sommer hinweg in ganz Wien aktiv gewesen, um auf der Straße und in verschiedenen Betrieben für die bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen zu mobilisieren. Warum wir über die Zeit jetzt so aktiv waren, zeigen uns eigentlich die alltäglich prekären Arbeitsbedingungen im Pflege- und Sozialbereich: Zu Covid-Zeiten wurden wir noch beklatscht und jetzt drängt uns die Teuerung und die anhaltenden Einsparungen weiterhin an unsere finanziellen und persönlichen Belastungsgrenzen. Deshalb fordern wir bei den kommenden Verhandlungen eine Arbeitszeitverkürzung von mindestens 3 Stunden, 20% mehr Personal und eine Erhöhung



von mindestens 750€ brutto für alle Verwendungsgruppen - damit besonders die, die sehr niedrig eingestuft sind nicht unter die Armutsgrenze rutschen.

Am 30. September haben wir unsere Forderungen an die Gewerkschaften GPA und VIDA übergeben. Weil auf die Gewerkschaften aber kein Verlass ist, müssen wir uns auch danach konkrete Aktionen überlegen. Beim nächsten Treffen am 8.10. diskutierten wir deshalb über eine mögliche Urabstimmung, Streiks oder andere Initiativen in den Betrieben. Wir versuchen als Beschäftigte Druck auf die Gewerkschaften aufzubauen, um endlich für langfristige Verbesserungen

der Arbeitsbedingungen für uns und unsere Patient*innen und Klient*innen zu kämpfen. Weil wir alle aber das kaputtgesparte Gesundheits- und Sozialsystem zu spüren bekommen, braucht es nicht nur die Unterstützung von Beschäftigten, sondern auch Solidarität vieler anderer. Eine Behindertenbetreuerin hat es bei ihrer Unterschrift unserer Forderungen eigentlich ganz gut zusammengefasst: *“Wenn wir nicht selbst versuchen, unsere Arbeit zu verbessern, wird's niemand machen!”* Komm deshalb auch du gerne zum nächsten Treffen und besprich mit uns, was wir für echte Verbesserungen tun können!

Salzburg: Pride is a protest!

von Fjorm Eirlys

Die Salzburger Pride Parade am 7. September stand dieses Jahr im Schatten der österreichischen Nationalratswahlen am 29. September und einer drohenden Schwarz-Blauen Regierung, welche eine sofortige Gefahr für LGBTQI+ Personen, und vor allem für das Leben, die Anerkennung und die Freiheit von trans Personen darstellen würde. Trotzdem war bei der diesjährigen Pride kein erhöhter Protest-Charakter spürbar - vielmehr wurde der historische Party-Charakter der Salzburger Pride, organisiert durch die HOSI, noch weiter intensiviert, mit noch mehr Party-Trucks und noch mehr lauter Musik, welche auch die politische Intervention von Rosa weiter erschwerte. Auf der Pride Parade, zwischen zwei

Party Trucks gefangen, bildeten wir einen kleinen Protest-Block mit Bannern, Schildern, Fahnen, und Demosprüchen per Megafon. Unser Versuch, die von einem bis zum nächsten Truck schallenden Techno-Remixes mit politischen Inhalten zu durchbrechen, zahlte sich jedoch aus - einige Personen schlossen sich unserem Block an und besuchten nach der Parade unseren Infotisch, um sich politisch mit uns auszutauschen, und politisches Material mitzunehmen. Einer wachsenden Anzahl an Pride-Besuchern ist klar, dass die Pride wieder zu einem Protest werden muss, und unterstützen die Forderungen von Rosa - an diesem Bewusstsein konnten wir in Salzburg erfolgreich anknüpfen.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 326 | 10-11/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



Foto: ., wikimedia, IDF Spokesperson's Unit / CC BY-SA 3.0

EIN JAHR GENOZID – GIBT ES NOCH HOFFNUNG?

Über 42.000 Ermordete. 95.000 Verletzte. 10.000 unter den Trümmern Verschwundene. Von 2,1 Millionen Einwohner*innen wurden 1,9 Millionen durch die Bomben aus ihren Wohnungen vertrieben - Wohnungen, die selbst davor meist nur notdürftige Unterkünfte in permanenten Flüchtlingslagern waren. Mehr als 2 Millionen Menschen fehlt es an Schutz, Nahrung, Wasser, Zugang zu sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung sowie zu Elektrizität und Treibstoff. Das sind die Schätzungen der UN - andere Schätzungen gehen von 186.000 Toten durch die Folgen des Krieges aus. Die Zahlen übersteigen das Vorstellungsvermögen von dem Grauen, das sich seit einem Jahr in Gaza ereignet. Auch die Bilder, die uns täglich über Social Media erreichen, können nur einen kleinen Ausschnitt dieser Hölle sichtbar machen. Alle Städte in Schutt und Asche. Die schlimmste Zerstörung eines Gebiets seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr Verwüstung als bei den damaligen Bombardements von Dresden, Hamburg

und London zusammen. Wer kann angesichts dieses Horrors allen Erntes noch Anderen absprechen, das einen Genozid zu nennen?

Als Rechtfertigung seines Vernichtungsfeldzuges in Gaza (und immer stärker auch in der Westbank und dem Libanon) nutzt das reaktionäre Netanjahu-Regime auf zynische Weise das brutale Massaker der Hamas am 7. Oktober. Die massenhafte Ermordung von Zivilist*innen, sowie die Vergewaltigung und Verschleppung von Hunderten, war kein Akt des Freiheitskampfes gegen das israelische Besatzungsregime. Es war ein reaktionäres Massaker, mit dem die Hamas-Führung ihre Machtposition festigen wollte. Diese war durch zwei Entwicklungen gefährdet: erstens die intensiviertere Gewalt seitens des israelischen Militärs und der rechtsextremen Siedler in den Monaten zuvor - 2023 war bereits vor dem 7. Oktober das tödlichste Jahr für Palästinenser*innen. Das erhöhte den Druck auf die Hamas-Führung, sich durch eine Antwort weiterhin als Verteidigerin

der Palästinenser*innen zu präsentieren. Zweitens drohte die Hamas durch die bis dahin fortschreitende "Normalisierung" der Beziehungen Israels zu den Golfstaaten im Rahmen der "Abraham Accords" an diplomatischer Bedeutung zu verlieren. Tatsächlich dient der 7. Oktober jetzt dem israelischen Regime (und den extremsten Strömungen darin) als Vorwand für eine nachhaltige Verschiebung des Kräfteverhältnisses - also für einen noch brutaleren und unterdrückterischen Status quo - zu nutzen. Am deutlichsten zeigt sich das durch den Einmarsch im Libanon.

Angesichts des Horrors waren sozialistische Perspektiven für ein Ende von imperialistischer Unterdrückung und Krieg nie so wichtig wie jetzt. In diesem Vorwärts-Schwerpunkt versuchen wir, einige Grundlinien dafür zu entwerfen sowie Hoffnungsschimmer aufzuzeigen, an denen solche Perspektiven anknüpfen können.

**zusammengestellt von der
VORWÄRTS-Redaktion**

Nahost: Sozialistische Analysen & Perspektiven

Als britisches Mandatsgebiet war Palästina ab den 1920ern bereits Objekt imperialistischer Machtpolitik – schon die Balfour-Deklaration von 1917 zeigte deutlich, dass der britische Imperialismus sich von der jüdischen Ansiedlung weniger eine “nationale Heimstätte” für verfolgte Juden*innen versprach, sondern eine langfristige Sicherung seiner Kontrolle über die Region und insbesondere den Suezkanal. Die Gründung des israelischen Staates 1948 ging mit der massenhaften Ermordung und Vertreibung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung einher – der “Nakba” (“Katastrophe”). Es war der Gipfel des imperialistischen Zynismus: Jüd*innen hatten in den Jahren zuvor versucht, dem faschistischen Holocaust und den antisemitischen Mordkampagnen in der stalinistischen Sowjetunion zu entkommen und waren von Ländern wie Britannien und den USA massenhaft abgewiesen worden. Nun nutzten diese Staaten die Sehnsucht der Überlebenden, angesichts dieser Erfahrungen einen eigenen Staat zu haben, um in der Nachkriegsordnung einen Vorposten ihrer Macht im Nahen Osten zu schaffen – und ließen das palästinensische Volk den Preis dafür bezahlen. Währenddessen blieben in Österreich und Deutschland die Mörder ungeschoren und wurden im Zuge des Marshallplans sogar neue Geschäftspartner.

Von Anfang an war somit der israelische Staat als imperialistischer Vorposten auf der Unterdrückung der Palästinenser*innen aufgebaut und kann in dieser Rolle nicht auf sie verzichten. Die herrschende Klasse in Israel ist in vielerlei Hinsicht von dieser Unterdrückung abhängig: Auf der ökonomischen Ebene sind die entrechteten palästinensischen Arbeiter*innen, die etwa nur zum Arbeiten oder im Westjordanland israelischem Militärrecht unterliegen, eine wichtige Quelle von Extraprofiten für das israelische (und internationale) Kapital. Rein ökonomisch betrachtet kostet das enorm aufwändige Besatzungs- und

Belagerungsregime jedoch weit mehr, als es einbringt. Für die herrschende Klasse stellt es deshalb vor allem eine politische Notwendigkeit dar: die Enteignungen und Vertreibungen der Nakba rückgängig zu machen, ist nicht vereinbar mit ihrem Zionismus, der von einem “Nationalismus der Unterdrückten” zu einem “Nationalismus der Unterdrücker” wurde (siehe S.18). Je mehr durch den anhaltenden palästinensischen Widerstand klar wurde, dass die Folgen der Nakba nicht einfach verschwinden werden, desto mehr verschanzte sich die israelische herrschende Klasse ideologisch hinter einem immer aggressiveren Nationalismus und militärisch durch massive Aufrüstung. Außerdem: Je aggressiver der US-Imperialismus in den letzten Jahrzehnten vor allem im Nahen und Mittleren Osten wurde, desto mehr wurde die “nationale Einheit” für die von ihm ökonomisch, militärisch und politisch abhängige herrschende Klasse in Israel notwendig, und das heißt insbesondere: die Intensivierung der Unterdrückung der Palästinenser*innen. Dadurch ist dieser Prozess sogar umgeschlagen: der israelische Staat geht nun bereits seit mehr als einem Jahrzehnt so brutal vor, dass es seitens der USA immer wieder zu (halbherzigen) Beschwichtigungsversuchen kommt.

Netanyahu “neue Ordnung”

Für das Netanyahu-Regime war der 7. Oktober vor allem ein Signal dafür, dass sich seine schon seit Jahren steigende Aggressivität nicht mehr unter “normalen” Bedingungen fortsetzen lässt. Die Zerstörung Gazas sollte den Weg für eine noch brutalere Neuordnung der Verhältnisse ebnen. Das erklärt, warum das Abschlagen auch nach der Ermordung Sinwars, des “Drahtziehers” des 7. Oktober, ungebremst weitergeht. Die Umstände seines Todes (Zufall, keine Geiseln als “Schutzschilder”) zeigten die ganze Verlogenheit der Propaganda von Netanyahu & Co: es ging nie um Gerechtigkeit,

sondern um brutale imperialistische Machtpolitik. Dies betrifft nicht nur die palästinensischen Gebiete, wie die Bodeninvasion im Libanon zeigt. Bereits die Ermordung von Hisbollah-Chef Nasrallah trug den vielsagenden Operationsnamen “Neue Ordnung”. Bereits während der letzten Monate forderte die Rechte in Israel die Ausweitung des Krieges in den Norden. Da sich das ganze Land ohnehin im Kriegsmodus befände, könnte man dies nützen, um den regional-imperialistischen Rivalen Iran und seine Verbündeten vor Ort – die Hisbollah und das Assad-Regime – entscheidend zu schwächen und die eigene Dominanz in der Region zu festigen. Dafür ist der israelische Imperialismus wieder bereit, über die Leichen unzähliger Zivilist*innen zu gehen: Wieder bombardiert er Wohnviertel, Krankenhäuser und sogar die Fluchtrouten jener Hunderttausenden Menschen, die versuchen, sich in den Norden oder gar nach Syrien in “Sicherheit” zu bringen.

Widerstand gegen die israelische Invasion ist absolut notwendig. Unter diesen Umständen wäre es keineswegs verwunderlich, wenn Teile der libanesischen Bevölkerung die Hisbollah als Schutzschild gegen die kriegerische Invasion sehen. Doch die Hisbollah agiert nicht im Interesse der Palästinenser*innen oder Libanes*innen – sondern vor allem als verlängerter Arm des regionalimperialistischen iranischen Regimes, z.B. indem sie im syrischen Bürger*innenkrieg das Assad-Regime unterstützt. Die Machthaber im Iran plustern sich zwar gerne rhetorisch gegen Israel auf, haben aber kein echtes Interesse an palästinensischer Befreiung und wollen eine offene Konfrontation jedoch so gut es geht vermeiden: Zum einen würde dies die Zerstörung der iranischen Atomanlagen bedeuten, die Peseschkian gerade als Verhandlungsmasse für einen neuen Atomdeal benötigt. Zum anderen steht das verhasste Regime nach den Erschütterungen der “Frau, Leben, Freiheit”-Bewegung selbst auf tönernen Füßen und es ist fraglich, wieviel Unterstützung es in

der Bevölkerung für so einen Krieg zusammentrommeln könnte.

Nachdem all die Gewalt und Zerstörung in Gaza Netanyahu innenpolitisch nicht wie erhofft langfristig gestärkt hatte – ganz im Gegenteil hat seine Politik, die Zerstörung Gazas über das Leben der Geiseln zu stellen, die israelischen Massen noch mehr gegen ihn aufgebracht – versucht er im Libanon nun noch einmal, durch Krieg nationale Einheit zu stiften, um sein politisches Überleben zu sichern. Die Bewegung gegen ihn mobilisierte in den letzten Monaten regelmäßig Hunderttausende auf den Straßen und gipfelte vorerst im Generalstreik am 2.9. Ihre zentrale Forderung ist die eines Geiseldes – an ihrer Spitze stehen die Angehörigen der Geiseln und auch einige heimgekehrte Geiseln. Aber nur eine Minderheit in der Bewegung zieht die notwendige Schlussfolgerung, gegen den gesamten Krieg und jede Form der Unterdrückung der Palästinenser*innen zu kämpfen. Ohne die konsequente Forderung nach vollständiger nationaler Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr für Palästinenser*innen wird die Bewegung nicht zu einem Ende der jahrzehntelangen ethnischen Säuberung beitragen.

Mit der Eröffnung der nächsten Front im Libanon konnte Netanyahu deshalb die Bewegung vorerst wieder ausbremsen: Das offizielle Geiselkomitee sagte die nächste geplante Großdemo ab – nur einige Familien riefen dazu auf, weiter zu demonstrieren. Wieder macht sich die gefährliche Illusion breit, die eigene Sicherheit sei nur durch Krieg aufrechtzuerhalten – obwohl ganz offensichtlich genau das Gegenteil der Fall ist. Ohne einen Bruch der israelischen Arbeiter*innenklasse nicht nur mit Netanyahu sondern der gesamten Logik des Besatzungsregimes wird es keine Sicherheit geben. Diese Stimmen sind aktuell eine kleine Minderheit. Vor allem aber der Widerstand in Palästina und der Region sowie die internationale Solidaritätsbewegung werden eine zentrale Rolle dabei spielen, die Unterstützung für Krieg und Besatzung zu schwächen und stattdessen die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gegen alle reaktionären Kräfte in der Region zu eröffnen.

Lehren und Perspektiven für Widerstand

Eine historische Lehre dafür war die **Erste Intifada 1987**: Sie war ein Massenaufstand, der mit einem Generalstreik arabischer Israelis gegen die Tötung von Palästinenser*innen in Gaza begann. Schnell breitete sich die Bewegung nach Gaza und ins Westjordanland aus. Es entstanden demokratische Strukturen, welche die Streiks, Versorgung und Erste Hilfe, sowie die bewaffnete Selbstverteidigung gegen Militär und Siedler organisierten. Der Aufstand entfaltete eine solche Zugkraft, dass sich Teile der israelischen Arbeiter*innenklasse anschlossen. Insbesondere kam es zu gemeinsamen Demonstrationen israelischer und palästinensischer Frauen.

Im Zuge des **arabischen Frühlings 2011–2013** stürzten die Massen reaktionäre Regimes im gesamten Maghreb und Nahen Osten. Davon inspiriert kam es auch in den palästinensischen Gebieten zu Massenprotesten und Streiks, die vom israelischen Regime, aber auch von Hamas und Fatah niedergeschlagen werden mussten. Dennoch erreichte die Rebellion auch Israel selbst, wo auf Großdemos gerufen wurde, welcher Herrscher als nächster dran sein sollte: “Ben Ali, Mubarak, Bibi Netanyahu!”

10 Jahre später, am 18. Mai 2021, erschütterte ein historischer palästinensischer Generalstreik die palästinensischen Gebiete: Millionen beteiligten sich am **“Würdestreik”** gegen die Misshandlung und Tötung von Palästinenser*innen in Gaza. Wieder streikten auch Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft: “Mehr als 20% [andere gehen sogar von 40 % aus, Anm. der Red.] der Beschäftigten des israelischen Gesundheitsbereichs sind Palästinenser*innen”, sagte eine Aiah Odeh, eine der Streikenden: “Meine Mutter ist Pflegerin. Durch den Streik zeigt sie, dass wir nicht einfach nur Zivilist*innen sind, die man jederzeit attackieren kann”, denn: “Israels Wirtschaft ist von uns abhängig”.

Der Libanon sah bei der **“Zedernrevolution”** 2005/6, während des arabischen Frühlings und 2019 Massenrevolten gegen Armut und Unterdrückung. Diese standen in Solidarität mit den Palästinenser*innen, richteten

sich jedoch auch gegen die Hisbollah als Teil der Herrschenden Klasse, und 2019 wurde sogar eine von ihr gestützte Regierung gestürzt. Solche Bewegungen können die falschen Freunde Palästinas entlarven – insbesondere im Iran, wo der Geist der revolutionären **“Frau, Leben, Freiheit”-Bewegung** noch sehr präsent ist. Ein solch revolutionärer Sturz des Mullah-Regimes könnte die Basis für echte Solidarität mit den Palästinenser*innen legen, der **“Sicherheits”-Propaganda** von Netanyahu & Co den Boden entziehen und eine gemeinsame revolutionäre Perspektive als Gegenpol zu Imperialismus und reaktionären Regimen aufzeigen.

Nicht zuletzt kann auch die **weltweite Solidaritätsbewegung** eine enorme Rolle spielen: Die Massenproteste und Uni-Besetzungen haben schon stark dazu beigetragen, den mörderischen Charakter des Netanyahu-Regimes vor der Weltöffentlichkeit aufzuzeigen. Dies ist besonders wichtig in Ländern wie den USA, Deutschland und Österreich, deren Regierungen die aktivsten Mittäter am Massenmord sind – effektiver Widerstand kann hier dazu führen, diese Unterstützung zu untergraben und gleichzeitig eine wichtige Rolle im Widerstand gegen Rassismus hier spielen. Eine besondere Rolle haben auch hier die Kampfmethoden der Arbeiter*innenklasse: So kam es bereits in mehreren Ländern zu Streiks, die Waffenlieferungen an Israel blockierten. Solche Streiks und gezielte Boykotts können massiven Druck aufbauen und zum Sturz des Regimes beitragen, wie auch der internationale Kampf gegen die Apartheid in Südafrika gezeigt hat.

All diese Perspektiven für Widerstand und Befreiung sind hier und heute da, auch wenn sie vom Lärm der Bomben und vom Dröhnen der Medienpropaganda verdeckt werden. Erst am 4. Oktober kam es in Tulkarm im Westjordanland zu einem stadtweiten Generalstreik gegen israelische Angriffe. Als revolutionäre Sozialist*innen müssen wir diese Ansatzpunkte stärken, zusammentragen und ausbauen, um den Kampf gegen imperialistisches Morden und gegen jede Unterdrückung führen zu können – für ein Leben in Frieden, Wohlstand und Sicherheit der Existenz für alle.



Solidarität aufbauen!

Nur ein Ende der Besetzung und Belagerung der palästinensischen Gebiete und ein Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon wird Frieden bringen, alles andere ist nur ein Scheinfrieden auf Kosten der palästinensischen/libanesischen Bevölkerung, der die Spirale der Gewalt nicht unterbrechen wird (siehe Seite 18). Jede Friedensbewegung muss verstehen, dass die Ursache der Gewalt in der Unterdrückung der Palästinenser*innen liegt. Im Kampf für einen solchen Waffenstillstand und ein nationales Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser*innen können wir uns weder auf die einen oder anderen imperialistischen Kräfte (Westen oder Iran/Russland) stützen. Nur Druck von unten und von den (verschiedenen) Herrschenden unabhängige Selbstorganisation und kann einen Ausweg zeigen.

Wie können wir eine Bewegung gegen Krieg, Besetzung und Rassismus aufbauen?

Die Solidarität mit den Menschen in Gaza und dem Libanon ist tatsächlich viel größer als es scheint. Das drückte sich z.B. auch in den deutlich sinkenden Aktienkursen von Unternehmen, die das israelische Regime unterstützen, Starbucks (bis zu 25 % seit Ende 2023) und McDonalds aus. Gerade junge, migrantisierte oder feministisch politisierte Menschen macht die Situation im Mittleren Osten sehr betroffen, doch nur eine Minderheit nimmt an den Protesten teil. Das liegt vor allem auch an der Repression und Einschüchterungskampagne des Establishments.

Es muss uns gelingen, diese eigentlich sehr große Solidarität zu mobilisieren. Es braucht (Mitmach-)Angebote, wo sich Menschen am Aufbau einer Protestbewegung beteiligen können, Orte, wo über Forderungen diskutiert und Aktionen geplant werden können, sowie gemeinsame Ziele, wie Großdemonstrationen u.ä., auf die hin mobilisiert werden kann. Lokale Aktionsgruppen (in verschiedenen Städten, an Schulen, Unis, Arbeitsplätzen usw.), zu denen offen eingeladen wird, könnten solche breiten Kampagnen organisieren.

Auch Gruppen wie „teachers/careworkers4palestine“ können aufzeigen, wie prekär die Situation für Erzieher*innen und medizinisches Personal in Gaza ist. Aktionen am Arbeitsplatz können helfen, die Solidarität mehr in die Gesellschaft zu tragen. In Schulen könnten Aktionsgruppen Schulstreiks vorbereiten. Denn dort sind viele Schüler*innen (und Lehrer*innen) mit Rassismus und Repression gegen jegliche Palästina-Solidarität konfrontiert. So müssen wir auch die Gewerkschaften auffordern, uns gegen diese Repression zu verteidigen und selbst für eine Ende des Krieges und der Besetzung einzustehen.

Schon die verschiedenen Aktionen auf den Unis hatten eine große Dynamik erzeugt. Sie haben auch gezeigt, dass wir von den offiziellen Vertretungen (wie ÖH und Rektorat) außer Repression nichts erwarten können. Umso wichtiger ist deshalb die Selbstorganisation unter Studierenden und Lehrkräften für kommende Protestcamps, Mobilisierung und den Kampf gegen Repressionen. Auch hier müssen wir zuallererst

versuchen, die Unterstützung dafür – z.B. durch Veranstaltungen, Diskussionen und Flyeraktionen – zu erhöhen und mehr Menschen für den Kampf zu gewinnen. Denn individuelle (scheinbar radikale) Aktionen werden den Widerstand nicht verbreitern, sondern eher isolieren.

Widerstand gegen Rechts heißt auch Solidarität mit den Menschen in Gaza/Libanon!

Die Logik der Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung und die Verunglimpfung jeder Solidarität mit ihr ist Teil einer jahrzehntealten Offensive von antimuslimischen Rassismus, die die Diskriminierung von migrantisierten Menschen rechtfertigen soll und damit auch eine Grundlage des Rechtsrucks darstellt. So darf auch eine Widerstandsbewegung gegen Rechts das nicht ignorieren. Linke Kräfte, die dazu schweigen oder sogar die pro-israelische Erzählung der Bürgerlichen mittragen, wie KPÖ oder die Organisator*innen der Donnerstagsdemo, sind somit in ihrem „Antirassismus“ nicht glaubwürdig. Wenn wir die Ausgrenzung von migrantisierten Menschen durchbrechen wollen, müssen wir uns jetzt wo es konkret wird – in der Frage von Gaza – klar positionieren. Eine Verbindung der Proteste kann nicht nur ein klares Zeichen gegen den unmenschlichen Kurs des Establishments im Bezug auf Gaza setzen, sondern auch migrantisierten Menschen einen größeren Raum im Kampf gegen Rassismus geben.

Patriarchat und Klassen- gesellschaft: Zwei wie Pech und Schwefel

von Anja Riegler

Der 25. November, an dem der internationale Tag gegen geschlechtsspezifische Gewalt begangen wird, wirft Licht auf die Frage, wie diese bekämpft werden kann. Eine sozialistisch-feministische Perspektive rückt die Notwendigkeit eines Bruchs mit der gesamten kapitalistischen Klassengesellschaft ins Zentrum. Um diese Schlussfolgerung zu verstehen, müssen wir zu den Wurzeln geschlechtsbasierter Unterdrückung gehen.

Sexismus und Männer-Gewalt werden allzu oft normalisiert: Während uns Geschlechterrollen weismachen wollen, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts sanftmütiger seien, würden Männer zu aggressiven Verhaltensweisen neigen. Hinzu kommt, dass männliche Gewalt, insbesondere von rechter Seite, zu einem Problem migrantisierter Männer umgedeutet wird. Bei Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt, verübt von weißen Männern, handele es sich nur um Einzelfälle. Dies ist ein Versuch, zu spalten und rassistische Forderungen voranzutreiben. Gleichzeitig gaukelt uns der bürgerliche Staat vor, durch eine rechtliche Gleichstellung der Geschlechter echte Gleichheit erreicht zu haben. Dabei sind die Familie und die Intimbeziehung die gefährlichsten Orte für Frauen und Mädchen.

Marxistische Analysen für feministische Kämpfe

Eine marxistische Analyse lehnt biologistische Deutungsmuster für

25.11
17 UHR HANDELSKAI 5+U

**DEMO GEGEN
GESCHLECHTER-
SPEZIFISCHE
GEWALT**

Feministischer Streik!
ROSA
internationale weibliche Feminist*innen

Land der *Femizide*
Armut und *Rassismus*
Rechtsruck und *FPÖ*
Steigende *Care-Krise*
Transfeindliche *Hetze*
Genozid in *Palästina*

...FIGHT BACK! info

männliche Gewalt ab. Stattdessen wird das Verhältnis zwischen patriarchaler Unterdrückung und Klassengesellschaft untersucht. Historisch gehen beide miteinander einher: Mit der Sesshaftwerdung des Menschen vor tausenden Jahren konnte ein Überschuss in der Produktion, das gesellschaftliche Mehrprodukt, gelagert werden. Erste Klassengesellschaften entstanden in Folge dieses Akkumulationsprozesses. Die Ehe als Institution gewann an Bedeutung, um für klare Erbschaftsverhältnisse zu sorgen. Frauen und Mädchen wurden im Zuge dessen zum Eigentum des Mannes, dem Familienoberhaupt, degradiert.

Die kapitalistische Produktionsweise, wie wir sie heute kennen, ist davon abhängig, dass Frauen ihre Arbeitskraft einerseits als Lohnarbeiterinnen zur Verfügung stellen und andererseits auch unbezahlte "reproduktive Arbeit" leisten. Hierzu zählen zum Beispiel Kochen, Haushalt, Kinderbetreuung, sowie Pflege von Angehörigen. Davon profitiert der kapitalistische Staat insofern, dass die Arbeitskraft der Frau nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im häuslichen Kontext ausgebeutet werden

kann. Hierdurch muss der Staat zum Beispiel weniger Geld in Kinderbetreuung investieren.

Patriarchale Geschlechterrollen machen sich dabei zum Handlanger des Kapitals, indem sie vermitteln, dass Haus- und Familienarbeit einer vermeintlich weiblichen Natur innewohnt und damit nicht wie sonstige Lohnarbeit finanziell abgegolten werden müsse. Daneben wird ein starres Bild von Geschlechterbinarität, wonach es nur Frau und Mann gäbe, vermittelt. Wir sehen im Zuge dessen, wie die Unterdrückung von queeren Menschen und allen, die nicht in dieses binäre Schema von Geschlecht hineinpassen, eine weitere Konsequenz dieses engen Korsetts an Geschlechterrollen darstellt.

Unterordnung einer Gruppe unter die andere und Gewalt zur Aufrechterhaltung der Hierarchien stellen den gemeinsamen Charakter der kapitalistischen Klassengesellschaft und dem Patriarchat dar. Im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt müssen wir erkennen, dass beide untrennbar miteinander verwoben sind und in unserem Kampf nur gemeinsam besiegt werden können.



Schule brennt: Für antirassistischen Widerstand!

*Rede von Schule brennt-Aktivistin und Pflichtschullehrerin Sarah M. beim Wiener Lehrer*innenprotest im Oktober*

Vor den Sommerferien sind wir am Aktionstag Bildung wieder auf die Straße gezogen und haben laut und deutlich gesagt, was wir brauchen: Ganz dringend mehr Personal und Ressourcen für eine gute Bildung für alle. Denn unsere Arbeitsbedingungen sind die Lernbedingungen der Kinder und Jugendlichen. Aber ein weiteres Mal wurden unsere Forderungen nicht gehört. Die politisch Verantwortlichen haben sogar die Frechheit besessen, die Situation an den Schulen schönzureden. Ich weiß nicht wie es euch geht, aber ich frage mich, wie weit weg diese Politiker*innen eigentlich von unserer Realität sein können. Wir sind im neuen Schuljahr angekommen und es ist kein Zufall, dass jetzt die zahlreichen Krankenstände zahlreiche Standorte ans Limit bringen. Der Mangel an multiprofessionellen Teams - Sozialarbeiter*innen, Erstsprachenlehrer*innen und vieles mehr - bedeutet chronische Burnout-Quoten.

Gleichzeitig haben wir bei den Nationalratswahlen gesehen: es wird versucht, von den wahren Problemen im Bildungsbereich abzulenken, indem rassistisch nach Sündenböcken gesucht wird, Hass geschürt wird, auf dem Rücken von uns - Lehrpersonen wie auch Schüler*innen, die von Rassismus betroffen sind. Wir müssen laut und deutlich sagen: es sind nicht die Kinder

und Jugendlichen, die hierher kommen, teilweise traumatische Erfahrungen auf der Flucht machen mussten, die Schuld sind an der Bildungsmisere. Sie selbst leiden am meisten darunter. Wir lassen uns nicht von rassistischer Hetze spalten. Deshalb müssen wir auch klare Kante zeigen, wenn die FCG den Stopp des Familiennachzugs fordert. Familiennachzug stoppen heißt Menschen sterben lassen. Das ist nichts weiter als menschenverachtende Politik. Solche Positionen haben nichts in einer Gewerkschaftsbewegung zu suchen. Und es gäbe genug Geld und Ressourcen, um gute Bildung für alle zu ermöglichen - es ist nur falsch verteilt.

Rassismus spaltet uns und Rassismus macht uns und unsere Schüler*innen krank. Die Deutschförderklassen sind ein Paradebeispiel dieser Spaltung und Diskriminierung. Die Mischung aus Ressourcenmangel und Rassismus ist dramatisch. Personalmangel bedeutet auch, dass es keine Anlaufstellen gibt bei Diskriminierungserfahrungen, keine Strukturen gibt um gegen rassistische, sexistische, queerfeindliche Übergriffe vorzugehen - eine Realität für ganz viele Schüler*innen. Eine neue Studie der Uni Wien zeigt: Im Zusammenhang mit DFKL geben über 50% an, dass nicht genug Lehrpersonal zur Verfügung steht. Ein Großteil der Schüler*innen fühlt sich ausgegrenzt. Es wurde zitiert: "niemand redet mit uns". Das sind Ergebnisse, die Expert*innen und Lehrpersonen seit der Einführung der Deutschförderklassen vorhergesehen haben. Wir müssen als

Beschäftigte im Bildungsbereich klare Kante zeigen gegen Rechts, gegen jeden Rassismus und jede Form der Diskriminierung an unseren Schulen - das muss integraler Bestandteil unseres Kampfes um Verbesserungen sein. Der Kampf um eine bessere Schule geht nur antirassistisch.

Egal welche Regierungskonstellation vor der Tür steht - klar ist: durchsetzen werden wir unsere Forderungen nur durch eigene Kraft. Demonstrationen sind wichtig und notwendig - noch wichtiger ist aber, dass wir uns organisieren. Schule brennt geht voller Motivation ins neue Schuljahr - wir rufen alle Kolleg*innen auf, mit uns aktiv zu werden und sich an den Standorten für die eigenen Interessen einzusetzen. Wenn es sein muss, werden wir das auch mit Streiks an den Schulen tun - denn würden einmal Lehrpersonen in diesem Land streiken, würde es den Verantwortlichen schwer fallen, uns weiterhin zu ignorieren. Die Elementarpädagog*innen und Freizeitpädagogik*innen haben es vorgemacht - auch wir können das tun, wenn wir uns organisieren & Arbeitskämpfe kollektiv vorbereiten - und Druck aufbauen innerhalb der GÖD für Maßnahmen & Arbeitskämpfe, die wirklich etwas bewirken. Also mach mit & schließ dich uns an:

- » für multiprofessionelle Teams
- » mehr Personal, Räume, Ressourcen
- » gegen jede Diskriminierung
- » für eine inklusive Gesamtschule für alle

Unser Austritt aus der ISA und die Erneuerung eines revolutionären Marxismus

von der VORWÄRTS-Redaktion

Die ISA Österreich hat am 6. Oktober die Entscheidung getroffen, die internationale Organisation "International Socialist Alternative" zu verlassen und uns gemeinsam mit anderen dem Projekt für eine revolutionäre marxistische Internationale anzuschließen. Diese Entscheidung folgt einer langen politischen Auseinandersetzung auf internationaler und nationaler Ebene, bei der wir auch die Notwendigkeit für nachhaltige Veränderungen in unserer eigenen Organisation schlussfolgern. Weltweit ist angesichts des Genozids in Gaza, Wirtschaftskrise, Klimakrise und Rechtsruck die Notwendigkeit für den Aufbau einer starken revolutionären Linken so groß wie schon lange nicht mehr und wir denken, dass die Erfahrungen aus unseren Auseinandersetzungen dazu beitragen können.

Der Zerfall der ISA

Der Auslöser für den Zerfall und die Spaltung unserer internationalen Organisation liegt in einem katastrophalen Fehlverhalten im Umgang mit einem Fall sexualisierter Gewalt in einer Sektion. Zuerst wurde das beschuldigte Mitglied durch die Führung der Sektion gedeckt, was wiederum von einer Clique der internationalen Führung gedeckt wurde, die schlussendlich eine Mehrheit für ihren falschen Kurs gewann. In der gesamten internationalen Organisation stellte sich ca. die Hälfte der Mitglieder dagegen und gründete eine innerparteiliche Fraktion, konnte aber keine Rechenschaft der Verantwortlichen durchsetzen. Daraufhin entschloss sich diese Opposition dazu, gemeinsam das Projekt für eine revolutionäre marxistische Internationale zu gründen.

Diskussionen in Österreich

Schon vor diesen Entwicklungen in der Internationale gab es Debatten in Österreich mit einer Gruppe rund um die ehemalige Bundessprecherin Sonja Grusch. Im Zentrum der Debatte stand die Bedeutung des Kampfes gegen spezifische Unterdrückung (wie Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit) bei der Entwicklung von sozialen Bewegungen, Klassenkämpfen und Klassenbewusstsein. Die Mehrheit der Organisation wollte einen größeren Fokus und eine Weiterentwicklung entlang dieser Fragen. Damit verbunden waren Diskussionen zur internen Kultur, bei der eine Mehrheit in der Organisation sich für eine Transformation der Parteikultur weg von einem Top-down-Zugang (d.h. dass eine kleine Führung eine enorm übermäßige Rolle in der Organisation spielt) hin zu einer tatsächlich kollektiv arbeitenden Organisation.

Notwendiger Veränderungsprozess

Im Zuge dieser Debatten hat sich in der Organisation ein Verständnis über eine generelle schwerwiegende Fehlentwicklung in unserer historischen Strömung in den letzten Jahren und Jahrzehnten durchgesetzt. Wir haben erkannt, dass wir uns immer stärker von den radikalsten Teilen der Klasse und Jugend und ihren Kämpfen entfernt haben (unter anderem junge, weibliche, queere und migrantisierte Teile der Arbeiter*innenklasse). Diese politische Degeneration hat sich kombiniert mit einer Top-down-Organisationskultur und einem enorm starren und defensiven Marxismus-Verständnis.

In dieser Phase haben wir auch schwere politische Fehler im Umgang und der Aufarbeitung von Übergriffen in und im Umfeld unserer Organisation gemacht. Für den Schaden und die Verletzungen, die wir Mitgliedern und Menschen in unserem Umfeld dadurch zugefügt haben entschuldigen wir uns und werden diesbezüglich einen ernsthaften Aufarbeitungsprozess starten.

Neuaufbau eines revolutionären Marxismus

In der Realität stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, einen revolutionären Marxismus zu rekonstruieren, der tatsächlich der aktuellen Periode angemessen ist. Wir machen uns keine Illusionen darüber, dass dieser Prozess einfach oder geradlinig ist oder, dass wir ihn alleine gehen können. Aber wir nehmen uns vor, durch eine tatsächliche Rolle in Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen, eine lebendige Theoriearbeit, eine Betonung der zentralen Rolle des Kampfes gegen spezifische Unterdrückung und eine demokratische und offene Parteikultur, die tatsächlich alle Erfahrungen unserer Mitglieder mobilisiert, einen Beitrag zu leisten.

Info

Ausführlichere Berichte und
Stellungnahmen findest du auf unserer
Website:





Venezuela: Weder Regierung noch Opposition!

von Eva Veerhoff

Am 28. Juni fanden in Venezuela Wahlen statt, bei denen Nicolás Maduro, Kandidat der "Sozialistischen" Partei PSUV, erneut als Sieger hervorging. Doch das Ergebnis blieb nicht unangefochten: Die Opposition, mit Unterstützung der USA, beansprucht den Sieg für sich. Weltweit zweifeln viele das Wahlergebnis an. Denn Venezuela befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, Unzählige fliehen aufgrund von Hunger und Armut. Viele sehnen sich deshalb nach einem Wandel und hoffen dabei auf die Opposition, da Venezuela seit 1998 durchgehend von der PSUV bzw. ihrer Vorgängerpartei, erst unter Chavez, dann unter Maduro, regiert wurde.

Nicht selten wird Venezuela als Beispiel dafür genommen, dass Sozialismus zwar eine schöne Idee, jedoch nicht umsetzbar sei. Die Frage ist aber, ob die Probleme, mit denen Venezuela kämpft, überhaupt der angeblich sozialistischen Politik der PSUV entspringen.

Chávez' halbe Revolution

Als Chávez erstmals gewählt wurde, brachte dies erstmal viele unmittelbare Verbesserungen für die Bevölkerung mit sich. Chávez verstaatlichte viele Unternehmen, vor allem die Erdölfirma PDVSA, was dazu führte, dass genug Geld für Sozialprogramme, die sogenannten „Misiones“, vorhanden war. Die Armutsrate halbierte sich: von 49% im Jahre 1998 auf 24% 2009. Elemente partizipativer Demokratie wurden auf kommunaler und betrieblicher Ebene eingeführt.

Dennoch bleibt Chavez für viele eine zwiespältige Person: Zwar schuf er mehr partizipative Demokratie und holte Millionen Menschen aus der Armut, aber es gab immer noch eine zutiefst hierarchische Managementkultur im Staat. So kam es immer wieder zu heftigen Konflikten zwischen Chávez-Unterstützer*innen in den Gemeinden, die durch Gemeinschaftsräte und durch selbstbestimmte Arbeitsplätze ermächtigt worden waren, und staatlichen Funktionär*innen, die die Anweisungen ihrer Minister*innen ausführten.

Das größte Problem blieb aber die Wirtschaft. Diese ist mittlerweile zu 96% von Erdölexporten abhängig. Das führte ab 2008 und dann nochmal 2014, als der Erdölpreis fiel, zu Wirtschaftskrisen, größerer Armut und Hunger, weil Lebensmittel nicht mehr subventioniert und bei den Sozialprogrammen gekürzt werden musste. Der entscheidende Fehler Chavez' war deshalb sein Versagen darin, das Land aus der Öl-Abhängigkeit herauszuführen und mit dem Kapitalismus konsequent zu brechen.

Nein zu autoritärer Bürokratie und rechtem Neoliberalismus

Maduro verdankt seine Machtposition den sozialen Reformen seines Vorgängers, doch unter Chavez türmten sich schon die Widersprüche seines reformistischen Projektes auf und er musste immer autoritärer zugreifen, um sein Projekt zu stabilisieren. Maduro hat diesen autoritären Kurs verstärkt fortgesetzt, gleichzeitig holen ihn die Widersprüche ein. Unter den US-Sanktionen, Maduros dirigistischem

Führungsstil und dem Verfall der Erdölproduktion stieg die Armut seit 2014 wieder rapide an und lag Ende 2018 bei 90%. Bis Januar 2023 verließen 7 Millionen Menschen, etwa 20% der Bevölkerung, das Land. Auf langfristige soziale und wirtschaftliche Verbesserungen von der politische Opposition zu hoffen, wäre allerdings verfehlt: Sie ist geprägt von einem rechten Neoliberalismus, wie man ihn in vielen lateinamerikanischen Ländern wie Chile und Peru kennt, mit massiver Unterstützung des Imperialismus von USA und EU, die auf die Privatisierung des Öls geiern. Trotzdem bekommt sie immer mehr Zulauf von Arbeiter*innen, die zurecht enttäuscht und verzweifelt sind. Gonzalez und seine Partei sind keine richtige Alternative. Kurzfristig gesehen würde es den Menschen in Venezuela aufgrund der wegfallenden Sanktionen der USA vielleicht besser gehen, langfristig gesehen würden sie aber unter der Privatisierung des Ölsektors, Ausbeutung und neoliberaler Politik wieder mehr Armut leiden.

Die Arbeiter*innen müssen auf ihre eigenen Kräfte vertrauen. Es braucht also Initiativen aus der Gewerkschaftsbasis, linken Organisationen etc., die sich gegen das autoritäre Maduro-Regime und die neoliberale Führung der Opposition stellen. Der Aufbau einer demokratischen und sozialistischen Organisation, in der die Arbeiter*innen die Richtung und Führung der Gesellschaft bestimmen, ist ihre einzige Alternative. Käme es zu einer solchen Revolution, müsste alles daran gesetzt werden, dass diese in andere lateinamerikanische Länder ausstrahlt und international wird.

„Verstaatlichung jetzt!“ Audi-Arbeitsplätze in Belgien retten!

beide Artikel von Katja Straka

Medien haben seit September über den Kampf um Arbeitsplätze bei Audi berichtet. Auch bei uns ist der Automobil-Industriesektor einer der größten und wichtigsten Arbeitsplätze. Auch die Aktivist*innen unserer belgischen Schwesterorganisation (LSP/PSL) berichten über diesen Kampf und sind – so wie überall anders auch – Teil davon. Wichtige Solidarität kommt von der Gewerkschaft CGSP-ALR in Brüssel, die für



den öffentlichen Dienst verantwortlich ist. Sie erinnert daran, dass man Banken sehr schnell verstaatlichen konnte. Sie fordert dasselbe hier, aber auf Dauer, um hier Arbeitsplätze zu sichern. Außerdem soll es eine landesweite Demo mit Solidaritätsbetriebsversammlungen geben – für den Erhalt des Werkes und damit

verbundenen Wissen in diesen Bereich. LSP/PSL setzt sich auch für einen Eskalationsplan ein, bei dem sie schon auf Erfahrungen von 2014 zurückgreifen können.

socialisme.be

Brasilien: sozialistische und queer-feministische Kandidatur

Yasmin Alves ist eine Aktivistin von ROSA und PSOL in Brasilien und tritt dort für den Stadtrat an. In ihrer Kandidatur sucht sie den Kontakt zu Bewegungen und zur Bevölkerung. Wiederkehrendes Thema ist das Thema der LGBTQIA+-Community. Beispielsweise nahm sie eine Einladung von Student*innen der Pädagogik und dem Fach „soziale Bewegungen“ an. Hierbei diskutiert sie über Bisexualität und deren Unterdrückung. Sie bekräftigte dabei, dass es einen kollektiven Kampf für Veränderung braucht und dass Veranstaltungen

wie diese zu einem Kampf für Veränderung führen würden. Der Kontakt zur „normalen Bevölkerung“ ist Yasmin wichtig. So geht sie zum Beispiel in die lokalen Stadtviertel auf die Straße, hört den Menschen zu, verteidigt den Nulltarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln, fordert Verbesserungen ebendort und betont, dass ihre Kandidatur über die Kandidatur zum Stadtrat hinausgeht.

 [@feministas.as](https://www.instagram.com/feministas.as)



Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus: Nationale Frage

von Andrea Gasperlmair **Befreiung oder „Frieden“?**

*Die nationale Frage ist eine der wichtigsten Fragen mit der sich Sozialist*innen beschäftigen müssen. Sie kann unterschiedlich aussehen: Vom Befreiungskampf gegen die israelische Besatzung und den Genozid in Palästina, über die neokoloniale wirtschaftliche Abhängigkeit wie z.B. im Kongo, bis hin zu Minderheitenrechten wie für die Kärntner Slowen*innen. Wie kann das Recht auf nationale Selbstbestimmung für alle garantiert werden? Wie können unterdrückte Nationen, wie wir es heute mit Palästina, Kurdistan, Tibet, Kosovo, Ukraine uvm. sehen, mit einem revolutionären Programm zur Befreiung kommen und welche Rolle spielt diese Befreiung im Kampf der gesamten Arbeiter*innenklasse?*

Maßgebende Schriften wurden zu dieser Frage schon im Zuge des 1. Weltkrieges verfasst, wie zum Beispiel „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ von Wladimir Lenin. Zudem unterscheidet sich der Nationalismus von unterdrückten Völkern grundsätzlich von dem rechtsextremen Nationalismus in den westlichen Staaten. Während in den imperialistischen Nationen der Nationalismus immer als Rechtfertigung für ihre Unterdrückung genutzt wurde, haben marginalisierte, unterdrückte oder kolonialisierte Nationen ihre kulturelle Identität und politisches Selbstbestimmungsrecht gegen imperialistische Mächte mit historischem Widerstand verteidigt.

Nationale Unterdrückung ist meistens mit kriegerischer imperialistischer Expansion verbunden. Wenn im Zuge eines Krieges von den Herrschenden über ein Bestreben nach Frieden oder Friedensabkommen gesprochen wird, ist damit das Niederlegen der Waffen gemeint. Doch bringt das wirklich Frieden? Und für wen eigentlich? Natürlich ist ein Waffenstillstand die dringendste erste Forderung. Doch unterdrückte Nationen leiden auch ohne aktiven Krieg unter systematischer Ausbeutung und Armut, Vertreibung, Polizeigewalt und Überwachung. Ein Zurückkehren zum „Status Quo“, ein Stopp des aktiven Mordens, ist das absolute Minimum an Menschlichkeit. Wer wirklichen Frieden will, muss für echte Befreiung kämpfen, also für das Recht aller Völker auf vollständige nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Eine solche Forderung ist keineswegs utopisch, oder „nach der Revolution“ relevant, auch wenn es klar ist, dass die Welt im System des Imperialismus immer in Unterdrückter und Unterdrückte geteilt ist. Im Gegenteil, die sozialistische Revolution ist etwas Fortlaufendes und wird sich gerade in den Befreiungskämpfen und internationalen Solidarität der Arbeiter*innenklasse über Jahre oder Jahrzehnte entfalten. Wie wir mit der Palästina-Solidaritätsbewegung sehen, kommen jetzt schon Millionen Menschen zu Schlußfolgerungen über die Rolle des Westens, Imperialismus und Unterdrückung!

Die Aufgaben von Sozialist*innen

Die Arbeiter*innenklasse in den

unterdrückenden Ländern darf sich nicht mit leeren pazifistischen Versprechen eines „friedlichen Kapitalismus“ der reformistischen Politiker*innen zufriedengeben. Revolutionär*innen müssen die Frage nach den Grenzen eines Staates aufwerfen, die auf nationaler Unterdrückung und Gewalt beruhen. Sie müssen konsequent gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterdrückten Nationen innerhalb der Grenzen eines bestimmten Staates kämpfen. Genau das bedeutet der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht.

Die Aufgabe von Revolutionär*innen in den unterdrückten Nationen ist es, für die politische und organisatorische Einheit zwischen den Arbeiter*innen der unterdrückten Nation und den Arbeiter*innen der unterdrückenden Nation zu kämpfen und diese aufrechtzuerhalten. Eine solche Einheit ist notwendig für eine unabhängige proletarische Selbstorganisation und internationale Klassensolidarität. Doch diese Einheit kann, wie zuvor beschrieben, nur unter der Bedingung geschehen: Eine konsequente Ablehnung von nationaler Unterdrückung unter Arbeiter*innen der unterdrückenden Nation. Der nationale Befreiungskampf gegen eine imperialistische Macht kann unter Umständen von einer anderen Großmacht für ihre ebenfalls imperialistischen Interessen ausgenutzt werden. Dabei müssen Revolutionär*innen klar machen, dass in keine einzige imperialistische Großmacht Vertrauen geschenkt werden darf, auch wenn diese sich vermeintlich als große Verbündete inszeniert (aber z.B. im eigenen Land selbst nationale Minderheiten unterdrückt). Für eine echte und endgültige Befreiung kann nur die internationale Arbeiter*innenklasse kämpfen.

ISA

WOFÜR

WIR

STEHEN

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

UNTERSTÜTZE UNS
MIT EINER SPENDE!



VORWÄRTS
ABONNIEREN!

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 326 | 10-11/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

UNSERE ARBEIT –

UNSERE ENTSCHEIDUNG!



AUS DEM INHALT

» **Beschäftigte mit Behinderung** kämpfen für Lohn statt Taschengeld – warum im Kapitalismus nur bestimmte Arbeit als „Arbeit“ gilt

Seite 6

» **KV-Verhandlungen** sind keine Frage des Verhandlungsgeschicks, sondern einer kämpferischen Strategie. Wie Verhandler*innen deswegen agieren sollten

Seite 7

» Lehrer*innen und Schüler*innen leiden unter den **Misständen im Bildungssystem** – aber echter Widerstand geht nur antirassistisch

Seite 14